



o.222.URSS - SHG/ZPR

Bern, 8. März 1991

ORC: B.K. (persönlich)

~~SHG/RAE~~Notiz an den Direktor DEHIch lehne grund-
sätzlich humanitäre
"Geste" ab.Kontroverse über allfällige humanitäre Hilfe im Sinne einer
"politischen Geste" an das Baltikum11.3.91
BLS

Im Anschluss an die Dienstreise der Herren Hutter und Pardo kam es zu einer voreiligen und vermutlich überstürzten Pressemitteilung über das Nicht-Vorhandensein von humanitären Bedürfnissen, was zu Reaktionen geführt hat. Die Reaktionen bestehen offenbar aus einer Reihe von Briefen und Interventionen, die unsere politische Abteilung I beschäftigt.

Fest steht, dass die Mission Hutter/Pardo zum Schluss kam, dass keine akuten humanitären Bedürfnisse bestehen, und dass sich keine Partnerorganisation anbietet, die auch bei noch so grosszügiger Interpretation als solche in Frage kommt (eine direkte Aktion über die jeweiligen Gesundheits- oder Sozialbehörden der Teilrepubliken dürfte zu erheblichen Schwierigkeiten führen, solange die Schweiz diplomatische Beziehungen mit Moskau und nicht mit Vilnius, Riga und Tallin hat).

Natürlich gibt es im Gesundheitswesen der Sowjetunion ungedeckte Bedürfnisse (veraltetes Material, fehlende Medikamente, usw.). Diese Situation ist in allen Ländern Osteuropas in mehr oder weniger starker Form die gleiche. Innerhalb der Sowjetunion ist das Baltikum sowohl in Bezug auf medizinische Versorgung wie auch in Bezug auf Nahrungsmittel verhältnismässig privilegiert, und von daher drängt sich eine humanitäre Aktion keineswegs auf.

Was verbleibt, ist ein gewisser Druck "etwas zu tun". Konkret wurde bisher die Lieferung von Einwegspritzen erwähnt (die Skandinavien und die USA haben nach den politischen Ereignissen im Januar 1991 bereits grössere Mengen von medizinischer Nothilfe geschickt, die weit über die aus den Ereignissen ableitbaren Bedürfnisse hinausgehen. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sind darunter auch Einwegspritzen. Der SRK-Vertreter, der im Dezember 1990/Januar 1991 in Leningrad arbeitete, ist zum Schluss gekommen, dass Einwegspritzen nicht den medizinischen Bedürfnissen der UdSSR entsprechen, weil sie bei den chronisch auftretenden Materialverknappungen eben doch mehrmals gebraucht werden und dann eine grössere Gefahr darstellen als sterilisierbare Spritzen vom hergebrachten Typ, die wiederverwendbar sind). Ich möchte in diesem Zusammenhang festhalten, dass unsere negative Haltung gegenüber einer allfälligen Aktion im Baltikum nicht aus dem Vergleich mit den Bedürfnissen in Entwicklungsländern, sondern mit entsprechenden Aktionen in Osteuropa kommt. Andere Aktionen in der UdSSR, Rumänien, Bulgarien entsprechen tatsächlich dringenden Bedürfnissen und können über Partnerorganisati-



onen abgewickelt werden oder über ausgewählte soziale Institutionen und sind mit den zuständigen Behörden, mit denen wir politische Beziehungen haben, abgesprochen.

Politisch-humanitäre Geste: Im Juni 1990 nahm der Unterzeichnende an einem Gespräch mit der politischen Abteilung I, dem Vertreter der Association Suisse-Lituanie und dem sich auf Durchreise befindenden litauischen "Gesundheitsminister" teil. Damals wurde wegen der Blockade Litauens durch die Sowjetunion von der Notwendigkeit einer humanitären Geste gesprochen, Grössenordnung 1 Tonne Milchpulver (Wert: 10'000 Franken). Die Sache wurde nicht weiter verfolgt, weil die Blockade kurz darauf aufgehoben wurde. Sollte jetzt wiederum eine politische Geste nötig sein - was zwar den Grundsätzen der Sektion humanitäre und Nahrungsmittelhilfe widerspricht - so wäre die damals besprochene Grössenordnung ein Richtwert, obwohl wir uns damit der Gefahr des sich-lächerlich-Machens aussetzen.

Was die baltischen Staaten wollen, ist internationale Aufmerksamkeit und politische Anerkennung. Dies ist nicht Aufgabe der Sektion humanitäre und Nahrungsmittelhilfe.

Antrag:

1. Im Fall vom Baltikum keine politisch-humanitäre Geste unternehmen.
2. Im Rahmen des SKH-Projekts in Tschernobyl abklären, ob eine Berücksichtigung eines "Centre of Tschernobyl in Vilnius" denkbar und möglich ist.
3. Schweizerische Hilfswerke auf die humanitäre Situation im Baltikum aufmerksam machen und objektiv orientieren.

Schlussbemerkung

Mit einer "kleinen humanitären Geste" würden wir zwar momentan der PA I entgegen kommen, aber einen Präzedenzfall schaffen, der uns in Zukunft erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde und auch alle entsprechenden zu erwartenden oder noch hängigen Anfragen aus anderen Teilrepubliken der Sowjetunion präjudizieren würde.

Pae
9.3.91

H. Schellenberg
H. Schellenberg

Beilagen: Bericht Hutter 26.2.91 + Zusammenfassung 8.3.91

Bern, 26. Februar 1991

Humanitäre Abklärungsmission in den baltischen Republiken

Die vom 17. - 24. Februar 1991 in den drei baltischen Republiken durchgeführte Abklärungsmission der Abteilung Humanitäre Hilfe und des Schweiz. Katastrophenhilfekorps hat eindeutig gezeigt, dass weder in Litauen noch in den beiden angrenzenden Republiken Lettland und Estland infolge der Ereignisse im Januar 1991 Notsituationen bestehen. Die Mission konzentrierte sich aus zeitlichen Gründen auf die Hauptstädte.

Die intensiven Kontakte mit den zuständigen staatlichen Instanzen, insbesondere mit den zuständigen Gesundheitsministerien sowie mit den lokalen Rötterkreuz-Gesellschaften liessen die Notwendigkeit einer dringenden materiellen Hilfe, insbesondere auf operationellem Gebiet nicht erkennen. Bei dieser Entscheidung stehen die Kriterien der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft im Vordergrund, die vor allem Leben retten und Not zu lindern versuchen.

Es ist auch nicht zu ignorieren, dass es den baltischen Staaten im Vergleich mit der Situation der übrigen UdSSR allgemein besser geht, wie auch von den Gesprächspartnern bestätigt wurde.

Der Besuch von Spitälern hat gezeigt, dass die mit den Ereignissen vom Januar 1991 in Zusammenhang stehenden Engpässe in der medizinischen Versorgung durch grosszügige Lieferungen von andern Staaten bereits kompensiert worden sind. Anlässlich des Aufenthalts unseres Teams ist noch eine weitere substantielle Hilfeleistung aus den USA (22 t medizinische Hilfsgüter) nach Litauen eingeflogen worden.

Tatsache sind insbesondere in Lettland, teilweise auch in Litauen die eher veralteten medizinischen Einrichtungen in den Spitälern. Die Zustände im Gesundheitswesen sind jedoch nicht auf die Ereignisse anfangs dieses Jahres zurückzuführen. Anlässlich des Besuches unserer Abklärungsmission kristallisierten sich gewisse Möglichkeiten einer ganz punktuellen Hilfe heraus (z.B. medizinisches Material). Die Verteilungskanäle müssen jedoch noch näher geprüft werden. Eine sinnvolle Hilfe, sollte sie auf Grund der uns zur Verfügung stehenden Informationen zur Anwendung kommen, müsste im Sinn einer politisch humanitären Geste erfolgen und auch die andern beiden Republiken berücksichtigen.

O. Hutter

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
 ABTEILUNG FUER HUMANITAERE HILFE DER DEH

BESPRECHUNGSNOTIZ

Verteiler: RAE, FT, SHG, HU

Teilnehmer:

Besprechung

Telefon

Verfasser:

Datum, Ort: 8. März 1991

Betrifft:

Humanitäre Abklärungsmission im Baltikum

Kurzfassung:

Wie bereits in der zusammenfassenden Notiz vom 26. Februar 1991 erwähnt worden ist, kann selbst eine punktuelle humanitäre Hilfe in den drei Republiken nur im Sinn einer politisch humanitären Geste erfolgen. Während dem die Sektion Humanitäre und Nahrungsmittelhilfe auf Grund der gesammelten Informationen im Rahmen der Kriterien der humanitären Hilfe überhaupt keine möglichen Aktionen erkennen kann, steht vor allem die Pol. Abt. I unter innen- ev. auch aussenpolitischen Druck. Mögliche Aktionen wären höchstens in den nachfolgenden Bereichen möglich, wobei auch diese nicht im Nachgang zu den Ereignissen in Vilnius und Riga vom Januar 1991 stehen:

- Einwegspritzen, die jedoch nach Gebrauch unmöglich mehr verwendet werden können.
- Unterstützung des Centre of Chernobil in Vilnius

Für beide Aktionen müsste m.E. (diese Ansicht wird auch von Bernard Hüwyler vertreten) ein Arzt die nötigen Abklärungen vornehmen.

Abgegebene / empfangene Dokumente:

Weiteres Vorgehen (wer? was? bis wann?)

Auf Vorschlag von Herrn Schellenberg soll die Angelegenheit in der Abteilungssitzung vom 11. März 1991 diskutiert werden.

O. Hutter